

Übersichten

Oktober 2002

Außenpolitik

1 USA-Reise bestätigt Status quo

Auch Jiang Zemin wurde nun endlich die Ehre zuteil, US-Präsident George W. Bush auf seiner privaten Ranch in Texas besuchen zu dürfen. Die Freude über diese symbolische Geste der Anerkennung der Bedeutung Chinas und der Person Jangs wurde jedoch andererseits wieder getrübt, da dem chinesischen Gast das Privileg eines Vier-Augen-Gesprächs mit Bush versagt blieb. Bei dem 90 Minuten währenden Gespräch waren auf amerikanischer Seite unter anderem Außenminister Powell und Sicherheitsberaterin Rice anwesend, während sich Jiang Zemin u.a. in Begleitung von Vizepräsident Qian Qichen und Vizeaußenminister Li Zhaoxing befand.

Jiang Zemin legte die bereits weitgehend bekannten chinesischen Standpunkte im Hinblick auf bilaterale und internationale Fragen sowohl gegenüber Bush direkt als auch in einer öffentlichen Rede dar. Als qualitative Veränderung wird lediglich der Verzicht Jangs gewertet, im Zusam-

menhang mit der angestrebten friedlichen Lösung der Taiwan-Frage auch die mögliche Anwendung von Gewalt gegenüber Taiwan zu erwähnen (vgl. auch Ü 2). Bush erklärte im Gegenzug erstmalig seit seinem Amtsantritt, die USA blieben bei ihrer Ein-China-Politik und unterstützten das taiwanische Sinnen nach Unabhängigkeit nicht. Diese Aussage ist jedoch keineswegs mit einer amerikanischen Ablehnung der Unabhängigkeit Taiwans gleichzusetzen, auf die Beijing hofft. Insofern blieb auch hier letztlich alles beim Alten.

Auch auf anderen Politikfeldern sah sich Jiang Zemin der bereits hinlänglich bekannten Kritik der USA ausgesetzt. So warnte Bush erneut vor einer Verfolgung ethnischer Minderheiten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung und appellierte an China, direkte Gespräche sowohl mit dem Dalai Lama über Tibet als auch mit dem taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian aufzunehmen.

Während Jiang eine definitive Antwort auf das Drängen Bushs zu einer Unterstützung der neuen Irak-Resolution des Weltsicherheitsrates schuldig blieb und der amerikanische Präsident sich darauf zurückzog, die USA würden gegebenenfalls auch ohne Unterstützung der UNO eine Koalition zur Entwaffnung Saddam Husseins anführen, war man sich zumindest darin einig, nach Wegen zu suchen, das nordkoreanische Kernwaffenprogramm zu beenden. Das gemeinsame Interesse an einer Stabilisierung der Lage auf der koreanischen Halbinsel und insbesondere die chinesisch-amerikanische Koalition im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus erwiesen sich erneut als kleinster gemeinsamer Nenner, auf dessen Basis weiter an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen gearbeitet werden kann. Eine dritte Gesprächsrunde des hochrangigen bilateralen strategischen Dialogs im Rahmen der Terrorismusbekämpfung soll daher noch vor Ende des Jahres folgen.

Als positives Ergebnis des Besuchs muss auch gewertet werden, dass beide Seiten sich einigten, den bilateralen Austausch auf militärischem Gebiet wieder aufzunehmen und auch wieder verteidigungspolitische Gespräche auf der Ebene der Vizeminister zu füh-

ren. In nächster Zukunft soll auch ein Konsultationsmechanismus zu Themen wie strategische Sicherheit, multilaterale Rüstungskontrolle und Verhinderung der Verbreitung von waffentauglichen Technologien eingerichtet werden.

Eine Überraschung stellte für einige Beobachter die Ankündigung einer Chinareise des amerikanischen Vizepräsidenten Cheney dar. Diese soll auf Einladung des chinesischen Vizepräsidenten Hu Jintao schon im Frühjahr 2003 stattfinden und wird dem als Falken im amerikanisch-chinesischen Verhältnis bekannten Cheney Gelegenheit geben, erste Kontakte zur neuen chinesischen Führungsgeneration aufzunehmen. (ST, 27.10., 28.10.02; Xinhua, 24.10.02, nach BBC PF, 26.10.02; Xinhua, 25.10.02, nach BBC PF, 27.10.02; ZXS, 25.10.02, nach BBC PF, 26.10.02; Kyodo News Service, 25.10.02, nach BBC PF, 26.10.02; IHT, 24.10., 25.10., 26.10.02; FT, 22.10.02; FAZ, 22.10., 26.10.02; NZZ, 27.10., 30.10.02; HB, 24.10.02) -kg-

2 Strategiewechsel in der Taiwan-Frage?

Seit Mitte Oktober sendete die chinesische Regierung verschiedene Signale aus, die auf einen zumindest partiellen Wechsel in der politischen Strategie gegenüber Taiwan hindeuten könnten. Im Zentrum der Äußerungen von chinesischer Seite stand die vom chinesischen Vizepräsidenten Qian Qichen verlautbarte Auffassung, bei der Frage der Errichtung der so genannten drei direkten Verbindungen (Handel, Kommunikation, Personenverkehr) handle es sich nicht um eine politische, sondern vielmehr um eine wirtschaftliche Angelegenheit. Qian hatte diese später von verschiedener Seite in China aufgegriffene Formel in einem Interview mit der taiwanischen Tageszeitung *Lianhe Bao* (*United Daily News*) gemacht und damit offensichtlich erneut auf die taiwanische Wirtschaft gezielt, die inzwischen mit einer Investitionssumme von rund 100 Mrd. US\$ zum bedeutendsten Investor auf dem Festland geworden ist und dort sehr zum Leidwesen der taiwanischen Regierung enge Verflechtungen eingegangen ist.

In weiteren Statements im Laufe des Monats präzisierte Qian, dass die chinesische Regierung sehr wohl Verständnis dafür habe, dass die taiwanische Bevölkerung Herr im eigenen Haus bleiben wolle. Dieser Wunsch, der sich im Rahmen der für Hongkong und Macau gewählten Konstruktion gewährleisten ließe, weise jedoch eine grundsätzlich andere Qualität auf als die spalterischen Äußerungen des taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian. Qian kritisierte in diesem Zusammenhang insbesondere die Unterstützung Chens für eine geplante Gesetzesänderung in Taiwan, die es der Bevölkerung ermöglichen würde, sich im Rahmen eines Referendums für eine Wiedervereinigung mit China oder eine dauerhafte Unabhängigkeit Taiwans zu entscheiden. Es gibt nach Qians Worten definitiv keinen Weg in die Unabhängigkeit.

Anders als in bisherigen Stellungnahmen von chinesischen Regierungsvertretern in der Taiwan-Frage üblich, verzichtete Qian wie auch andere weitgehend auf die Artikulierung der militärischen Drohung im Falle eines taiwanischen Fehlverhaltens. Dies und die erstmalige Abkoppelung der Problematik der Direktverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland dürften für die positiven Reaktionen aus Kreisen der taiwanischen Wirtschaft und der bereits großen Zahl von Bürgern Taiwans, die sich langfristig in der VR China aufhalten, geführt haben. Neu ist zumindest der Verzicht der chinesischen Regierung auf ein eindeutiges Bekenntnis Taiwans zum Ein-China-Prinzip als Vorbedingung für jede weitere Verhandlung. Allerdings dürfte ein solcher verbaler Verzicht auf chinesischer Seite nicht allzu schwer gefallen sein, kann man sich doch andererseits sicher sein, dass Taiwan auf gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Staaten bestehen wird.

In einem anderen Licht erscheint der scheinbare Strategiewechsel gegenüber Taiwan, wenn man das Verhältnis Chinas zu den USA in die Betrachtung einbezieht. Auch hier stellt die Taiwan-Frage eines der zentralen ungelösten Problemfelder dar, und die Vereinigten Staaten hatten aufgrund der öffentlich geäußerten Unterstützung Taiwans sowie im Hinblick auf Waffenlieferungen in der letzten Zeit massive Kritik aus Beijing provoziert.

In seinem Bemühen um die Verbesserung der bilateralen sino-amerikanischen Beziehungen waren jetzt jedoch auch von Jiang Zemin während seines USA-Besuchs Ende des Monats (vgl. auch Ü 1) im Zusammenhang mit Taiwan neue und deutlich gemäßigte Töne zu vernehmen.

Eine frühzeitige friedliche Wiedervereinigung Chinas mit Taiwan sei sowohl der Stabilität in Asien als auch dem Weltfrieden zuträglich, hieß es da in gewohnter Manier. Neu hingegen war auf so hoher Ebene das Argument, die Wiedervereinigung könne zu einer Verbesserung der langfristig angelegten Beziehungen zwischen China und den USA beitragen und würde den amerikanischen Interessen in Taiwan selbst zukünftig größeren Schutz gewähren als in der gegenwärtigen Situation. Auch Jiang Zemin verzichtete wie schon zuvor in anderem Zusammenhang Qian Qichen in seinen Ausführungen zu Taiwan gegenüber George W. Bush vollständig auf die Erwähnung einer möglichen militärischen Lösung der Wiedervereinigungsfrage und betonte die friedliche Lösung. (NZZ, 18.10.02; WSJ, 20.10.02; AFP, 25.10.02, nach FBIS, 28.10.02; ST, 31.10.02) -kg-

3 Chinesisch-nordkoreanischer Winter

Um das chinesisch-nordkoreanische Verhältnis ist es längst nicht so gut bestellt, wie es international bisher vermutet wurde. Diesen Anschein erwecken zusätzlich zum wachsenden chinesischen Unbehagen angesichts der inzwischen mehr als 100 nordkoreanischen Staatsbürger, die während der vergangenen sieben Monate durch die Flucht in ausländische Vertretungen in China ihre Ausreise nach Südkorea erzwangen, auch jüngste Entwicklungen im Oktober.

In einem Akt, der jedem guten Verhältnis zwischen sozialistischen Waffenbrüdern widerspricht und im Übrigen der nordkoreanischen Regierung das Gesicht nahm, verhafteten chinesische Sicherheitsbehörden Anfang Oktober in Shenyang den am 24. September ernannten Gouverneur der erst Mitte September ins Leben gerufenen ersten nordkoreanischen Sonderwirtschaftszone Sinuiju. Yang Bin, ei-

nem in China geborenen Geschäftsmann mit niederländischem Pass, werden von chinesischer Seite Steuerhinterziehung und illegale Geschäftspraktiken in China vorgeworfen. Chinesische Stellen hatten bereits im Vorfeld vor der Ernennung Yangs gewarnt und den nordkoreanischen Behörden Unterlagen im Zusammenhang mit den strafrechtlichen Vorwürfen gegen Yang übergeben, die diese allerdings als nicht stichhaltig zurückwiesen.

Angesichts des beispiellosen Vorgehens der chinesischen Stellen und der offenkundigen Brüskierung des Alliierten, kamen Spekulationen über tiefgründigere Motive auf chinesischer Seite auf. So erinnerte man sich, dass es bereits im September letzten Jahres Berichte darüber gegeben hatte, wonach Jiang Zemin im Rahmen eines Besuchs in Pjöngjang die nordkoreanischen Pläne zur Errichtung einer Sonderwirtschaftszone Sinuiju abgelehnt haben soll. Als Motiv für eine derartige Haltung kommt letztlich nur in Frage, dass das unter chinesischer Beteiligung vorangetriebene Kooperationsprojekt in der Tumen-Region damit unerwünschte Konkurrenz erhalten würde.

Aus chinesischer Sicht zahlte Nordkorea Mitte Oktober mit gleicher Münze zurück. Das Eingeständnis der nordkoreanischen Regierung, entgegen 1994 mit den USA eingegangener vertraglicher Verpflichtungen seit Jahren sein geheimes Kernwaffenprogramm weiter betrieben zu haben, kam einer Ohrfeige für China gleich. Zwar ist nicht anzunehmen, dass die Nachricht sich in erster Linie gegen China richtete. Das Eingeständnis wird vielmehr als verzweifelter und nicht besonders diplomatischer Versuch gewertet, die eigene Position in Verhandlungen um Hilfsleistungen und dergleichen zu stärken. Negative Effekte für das bilaterale chinesisch-nordkoreanische Verhältnis wurden jedoch offensichtlich billigend in Kauf genommen.

Zum einen schien damit der von verschiedenen Kreisen in den USA gehegte – jedoch bislang keinesfalls beweisbare – Verdacht erhärtet, dass China sich an der nuklearen Aufrüstung Nordkoreas und anderer Staaten beteilige. Vizeaußenminister Wang Guangya beeilte sich denn

auch in einer umfassenden öffentlichen Stellungnahme zu untermauern, dass sein Land auf nuklearem Gebiet strikte Kontrollen durchführe und Ausfuhren spaltbaren Materials ausschließlich im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie stünden. Zum anderen wurde dieses mit China offensichtlich keineswegs abgestimmte nordkoreanische Eingeständnis als Beleg dafür gedeutet, dass der chinesische Einfluss auf den von den USA zur so genannten Achse des Bösen gezählten Staat überaus begrenzt ist. Beide Interpretationen können nicht im chinesischen Sinne sein.

Die Stellungnahme aus dem chinesischen Außenministerium war überraschend wortkarg und distanziert. Man habe, so hieß es, im Interesse der Stabilität und des Friedens seit langem die Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel gefördert. Daher wünsche man auch jetzt, die Angelegenheit möge auf friedlichem Wege durch Konsultationen und Verhandlungen geklärt werden.

Die negativen Konsequenzen des nordkoreanischen Eingeständnisses sowie die daraus erwachsene potenzielle Destabilisierung der Lage in der Region für Beijing sind offenkundig. Die verstärkte Furcht vor einer nuklearen Bedrohung durch Nordkorea könnte Südkorea und Japan noch weiter in die Arme der USA treiben und den Vereinigten Staaten selbst einen weiteren Vorwand für eine ausgeweitete Truppenpräsenz zusätzlich zum zentralasiatischen Hinterhof Chinas auch an seiner nordöstlichen Flanke bieten.

Die von südkoreanischer Seite bereits angekündigte Reduzierung oder Aussetzung der Nahrungsmittel- und Wirtschaftshilfe an den nördlichen Nachbarn könnte angesichts des bevorstehenden Winters den Migrationsdruck in Nordkorea weiter erhöhen. Weitere Botschaftsflüchtlinge und damit eine Verschärfung des chinesischen Dilemmas zwischen hartem Durchgreifen und dem Vermitteln eines modernen menschenrechtsachtenden Staats wären dann wohl die Folge.

Insgesamt, und das wiegt letztlich wohl am meisten, könnte sich insbesondere auf Seiten der USA die Einschätzung durchsetzen, dass der Einfluss Chinas auf Nordkorea sehr begrenzt ist und damit die Volksrepublik

China im Umgang mit dem kommunistischen Staat auf eine weitaus weniger zentrale Rolle als bisher degradiert werden könnte. (IHT, 5.10.02; Yonhap, 11.10.02, nach BBC PF, 12.10.02; Yonhap, 21.10.02, nach BBC PF, 22.10.02; WSJ, 15.10., 22.10.02; XNA, 23.10., 26.10.02; NZZ, 19./20.10.02) -kg-

4 Erste Militärübung Chinas mit Kirgistan

Am 10. und 11. Oktober fand im kirgisisch-chinesischen Grenzgebiet um den Grenzübergang Irkeshtam erstmals ein gemeinsames Manöver der Grenztruppen zweier Staaten der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) statt. Für China war dies eine doppelte Premiere, hatte das Land doch zuvor nie gemeinsame Truppenübungen mit scharfer Munition mit einem anderen Staat durchgeführt. Aus chinesischer Sicht dienten die Übungen im Oktober politisch in erster Linie der Schaffung einer breiteren Vertrauensbasis zwischen den Streitkräften beider Länder und sollten die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit in der SCO insgesamt befördern.

An dem Manöver waren insgesamt etwa 400 Mann aus den Grenzschutztruppen beider Staaten beteiligt. Das Szenario bestand in der gemeinsamen Abwehr und koordinierten Verfolgung von „bewaffneten Banditengruppen“, die die Grenze zwischen beiden Ländern überquerten. Als Begründung für das Manöver wurden von kirgisischer Seite die russischen Erfahrungen in Tschetschenien sowie das Eindringen militanter Gruppen aus Tadschikistan nach Kirgistan in den Jahren 1999 und 2000 ins Feld geführt. Für die chinesische Seite gehen Beobachter davon aus, dass die chinesische Führung ihre langjährige Skepsis gegenüber jeglicher Zusammenarbeit der chinesischen mit ausländischen Streitkräften sowohl aus übergeordneten Sicherheitsinteressen als auch, um ihren Einfluss in der Region zu stärken, zurückgestellt habe. (Vgl. auch C.a., 2002/9, Ü 4)

Zum Abschluss dieser gemeinsamen Übungen wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet, die den Wunsch beider Staaten zum Ausdruck bringt,

die Zusammenarbeit zum Schutze der gemeinsamen Grenze zu stärken. Die Regierung Tadschikistans äußerte im Anschluss ebenso den Wunsch nach einer Teilnahme an derartigen Manövern im kommenden Jahr, wie Vertreter des inzwischen in Bishkek eingerichteten Zentrums für Terrorismusbekämpfung der Shanghai Cooperation Organisation berichten. (Xinhua, 11.10.02, nach BBC PF, 12.10.02; Public Educational Radio and TV, Bishkek, 14.10.02, nach BBC PF, 15.10.02; Kabar news agency, Bishkek, 18.10.02, nach BBC PF, 19.10.02; WSJ, 11.10.02) -kg-

5 30 Jahre politische Kontinuität

Am 11. Oktober jährte sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China zum 30. Mal. Ein feierlicher Empfang aus diesem Anlass in Beijing fand am 21. Oktober weitgehend ohne prominente Persönlichkeiten aus beiden Regierungen statt. Die deutsche Seite vertrat Botschafter Boudré-Gröger, und auf chinesischer Seite fungierte Chen Haosu, Präsident der Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries als Gastgeber des Festbanketts.

Während Chen im Zusammenhang mit dem deutsch-chinesischen Verhältnis von effektiver Zusammenarbeit und einem vielfältigen und einflussreichen Meinungs austausch auf einer Vielzahl von Feldern sprach und die Stellung Deutschlands als größtem Handelspartner Chinas in Europa hervorhob, betonte der deutsche Botschafter laut Xinhua, die Bundesrepublik sei durch ihr Festhalten am Ein-China-Prinzip immer ein zuverlässiger Partner Chinas gewesen.

Auch die *Renmin Ribao* widmete dem Jahrestag einen namentlich gekennzeichneten Artikel. Darin hieß es u.a. vor 30 Jahren seien Kontakte und auch das gegenseitige Verständnis rudimentär gewesen. Heute hingegen bestünden zwischen beiden Ländern vielfältige und vielgestaltige Beziehungen auf verschiedensten Ebenen. Aus chinesischer Sicht seien die Beziehungen zu Deutschland im Rahmen der chinesischen Beziehungen zu entwickelten

Ländern insgesamt als herausragend zu bewerten. Dies liege insbesondere an der Tatsache, dass die bilateralen Beziehungen inzwischen beispielgebend für die Funktionsfähigkeit des Konzepts der friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen seien.

Besonders hervorzuheben sei neben der Tatsache, dass China in den vergangenen Jahrzehnten einen Großteil seiner Technologieimporte aus Deutschland bezogen habe, auch die große politische Kontinuität der bilateralen Beziehungen trotz wiederholter Regierungswechsel in Deutschland. Damit sei die Basis dafür geschaffen worden, dass der politische Dialog zwischen beiden Ländern die bilaterale Ebene inzwischen verlassen habe und Konsultationen über internationale Fragen stattfänden. Man sei auf chinesischer Seite sehr zufrieden darüber, dass Unterschiede im Gesellschaftssystem und im jeweiligen Kanon der Grundwerte keine Beeinträchtigung der bilateralen Beziehungen bewirkten. Das Prinzip, der Zusammenarbeit Vorrang gegenüber den bestehenden Meinungsunterschieden einzuräumen, habe sich als erfolgreiches Modell erwiesen. Ein prominentes Beispiel dafür sei die Zusammenarbeit hinsichtlich des Aufbaus eines Rechtssystems, für die Bundeskanzler Gerhard Schröder eingetreten sei. (RMRB online, 15.10.02, nach FBIS, 17.10.02; XNA, 22.10.02) -kg-

6 Innenminister Frankreichs und Chinas treffen sich

Erstmals nach 38 Jahren fand am 22. Oktober in Paris wieder ein Treffen eines französischen Innenministers mit einem chinesischen Amtskollegen statt. Die zentralen Fragen in diesem Meinungsaustausch waren die organisierte Kriminalität sowie illegale Immigration. Nicolas Sarkozy und sein chinesischer Counterpart Jia Chunwang einigten sich darauf, die Zusammenarbeit zwischen China und Frankreich im Zusammenhang mit der Bekämpfung sowohl der genannten Probleme als auch des Drogenschmuggels und der Geldwäsche auszuweiten.

Damit zeigt sich die Volksrepublik China insbesondere im Gespräch mit europäischen Partnern in diesen bislang sehr konfliktreichen Fragen zunehmend aufgeschlossen. Jahrelang hatte China beispielsweise allein schon die Existenz des Phänomens der illegalen Migration von China nach Europa schlicht geleugnet und keinerlei Bereitschaft zu Gesprächen darüber gezeigt. Hier ist inzwischen jedoch eine deutliche Abkehr von der ursprünglichen Blockadehaltung feststellbar.

Im Rahmen des Gesprächs in Paris wurde auch vereinbart erstmalig einen chinesischen Verbindungsbeamten mit Zuständigkeit für die genannten Problemfelder nach Paris zu entsenden und darüber hinaus einen Austausch von Polizeibeamten sowohl im Rahmen konkreter Fahndungen als auch zum Zwecke der Fortbildung zu initiieren. (AFP, 22.10.02, nach BBC PF, 23.10.02) -kg-

7 Erstes Gipfeltreffen der Mekong-Anrainer

Parallel zum ASEAN-Gipfel fand vom 3. bis 5. November in Phnom Penh erstmalig ein Gipfeltreffen aller Mekong-Anrainerstaaten statt. In dem Treffen ging es um Möglichkeiten der abgestimmten Nutzung der Ressourcen, die der Mekong den betroffenen Staaten insgesamt bietet. Obwohl seit 1995 die Mekong River Commission unter Beteiligung von Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam existiert und bereits vor zehn Jahren mit Unterstützung der Asian Development Bank auch das entwicklungs- und wirtschaftspolitisch ausgerichtete Greater Mekong Subregion Program zur Entwicklung des gesamten Raumes ins Leben gerufen worden war, blieben multilaterale Abstimmung sowie umweltpolitische und wirtschaftliche Erfolge bisher eher bescheiden. Dies wird von den betroffenen südostasiatischen Staaten nicht zuletzt auf die Abstinenz Myanmars und insbesondere Chinas in der formalisierten Kooperation zurückgeführt.

Beide Staaten gehören bislang nicht der Mekong River Commission an, obwohl gerade chinesischen Projekten erhebliche Tragweite für die Anrainerstaaten am Unterlauf des Flusses zugesprochen werden. Da Konflikten

um Wasser weltweit wachsende Bedeutung zukommt, geht man international davon aus, dass ein Fehlschlag hinsichtlich der gemeinsamen Abstimmung der wirtschaftlichen Erschließung der Region erhebliches Konfliktpotenzial birgt. Mit dem erstmaligen Treffen aller sechs Anrainerstaaten wurde nun ein weiterer Versuch unternommen, China formal einzubinden, zur vollständigen Kooperation zu bringen und auf gemeinsame Regeln zu verpflichten.

Da jedoch nichts über einen formalen Abschluss bekannt wurde, dürfte diesem Unterfangen auch auf diesem Treffen noch kein Erfolg beschieden gewesen sein. China schreckt angesichts eigener Interessen vor bindenden Absprachen zurück. In die Kritik geriet die Volksrepublik nicht zuletzt aufgrund seiner Projekte zur Stromgewinnung am Oberlauf des Mekong in Yunnan und im Hinblick auf die von China vorangetriebene forcierte Schiffbarmachung des Flusses zwischen Yunnan und Laos. Bereits mehrfach war in der Vergangenheit von Anrainerstaaten am Unterlauf die Befürchtung geäußert worden, chinesische Projekte könnten insbesondere die ohnehin große Überschwemmungsproblematik noch verschärfen.

Konkret wurde gegen China der Vorwurf erhoben, durch das unkoordinierte Ablassen von Wasser aus den bereits bestehenden zwei Stauseen auf seinem Gebiet in diesem Jahr zu einer deutlichen Verschärfung der Überschwemmungen beigetragen zu haben. China hält dagegen, die chinesischen Dämme würden eher zu positiven Effekten der Flussregulierung beitragen. Von Kritikern wird derartigen Aussagen jedoch entgegengehalten, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen sowohl für Dammbauprojekte als auch im Hinblick auf die Schiffbarmachung von äußerst geringer Qualität sind und die darin genannten positiven Prognosen als reine Spekulationen zu betrachten seien.

Von wenigen Akten guten Willens abgesehen hält China jedoch an seinen Plänen unbeirrbar fest. Die im April diesen Jahres vereinbarte und inzwischen auch umgesetzte Übermittlung hydrographischer Daten an die betroffenen Nachbarländer ist bislang das einzig greifbare Entgegenkommen. Da

ansonsten jedoch keines der armen Länder am Unterlauf in Konfrontation zu China treten will und keinerlei Druckmittel gegen die VR in Hinsicht auf eine Formalisierung von gemeinsamen Regelwerken für die Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials des Mekong existieren, bleibt in der Region auch weiterhin alles von innerchinesischen Entscheidungen abhängig. Ebenso abhängig sind allerdings Länder wie Laos, Myanmar oder Kambodscha von der wirtschaftlichen Hilfe und den Finanzspritzen des großen Nachbarn. Kritik wird sich daher auch zukünftig in Grenzen halten. (Vgl. auch die detaillierte Darstellung der länderübergreifenden Problematik chinesischer wasserbaulicher Projekte im Thema dieses Hefts.) (IHT, 30.10.02; WSJ, 31.10.02) -kg-

8 Mit Annan im Gespräch über AIDS und Irak

UN-Generalsekretär Kofi Annan besuchte Mitte Oktober für 60 Stunden China. Während seines ersten öffentlichen Auftritts in der Volksrepublik konzentrierte er sich auf die Frage der AIDS-Prävention in China. Vor etwa 500 Studenten der Zhejiang-Universität in Hangzhou warb Annan im Rahmen der Verleihung der Ehrendoktorwürde an ihn für einen offenen Umgang mit dem AIDS-Problem in China.

Einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Sommer zufolge könnte sich die Zahl der AIDS-Infizierten in China bis zum Jahr 2010 auf 10 Millionen Menschen erhöhen, falls nicht entschiedene Gegenstrategien in Angriff genommen würden. Dazu zählt aus Annans Sicht in erster Linie eine Enttabuisierung des Themas.

Nach Ansicht des chinesischen Gesundheitsministeriums besteht dazu jedoch offensichtlich wenig Grund. Hatte es doch erst kürzlich beschwichtigend mitgeteilt, in China seien zwar inzwischen etwa eine Million Menschen mit dem Virus infiziert, die Ansteckungsrate sei jedoch rückläufig.

In den politischen Gesprächen mit der chinesischen Führung, in die als designierter Thronfolger Jiang Zemin für das Amt des Generalsekretärs der KPCh auch Vizepräsident Hu Jintao eingebunden war, spielte neben

der AIDS-Problematik in China auch das Ringen um eine neue Irak-Resolution im Weltsicherheitsrat eine zentrale Rolle. Ob es jedoch zu einer größeren Übereinstimmung der Positionen in dieser Frage kam, blieb offen. Zhang Qiyue erklärte für das chinesische Außenministerium auf eine entsprechende Frage von Reportern ziemlich umständlich: In der Frage, ob beide Seiten einen Konsens in der Irak-Frage erreicht hätten, sollte man sagen, dass beide Seiten sich darin einig seien, die Irak-Frage solle politisch und diplomatisch gelöst werden, und die Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat sollten dabei eine führende Rolle spielen.

Im Sicherheitsrat selbst hielt China sich in der Debatte mit eigenen Vorschlägen bislang erwartungsgemäß zurück. Zustimmung konnte der chinesische Vertreter im Sicherheitsrat jedoch weder der zunächst von den USA und Großbritannien vorgelegten Version einer Resolution noch dem nachgeschobenen Kompromissentwurf, worin dem Irak bei Missachtung der Resolution nicht mehr der „Einsatz aller notwendigen Mittel“, sondern nur noch „ernsthafte Folgen“ angedroht werden. Auch diese Formulierung war China, Frankreich und Russland noch zu interpretationsfähig. (ST, 15.10.02; NZZ, 17.10., 24.10.02; Xinhua, 14.10.02, nach BBC PF, 15.10.02; FAZ, 15.10.02; Xinhua, 17.10.02, nach BBC PF, 19.10.02; XNA, 15.10., 18.10.02; AFP, 15.10.02, nach FBIS, 16.10.02) -kg-

9 Wenig Gemeinsamkeit mit Uruguay

Der Präsident Uruguays, Jorge Luis Batlle Ibanez, besuchte Mitte Oktober China und traf dort zu Gesprächen mit der chinesischen Führung zusammen. Zwar waren sich beide Seiten zum Abschluss der Konsultationen, die der uruguayische Staatsgast u.a. mit Jiang Zemin und Zhu Rongji führte, darin einig, dass der Besuch zur politischen Vertrauensbildung zwischen den beiden Staaten beigetragen habe und sich auch positiv auf die zukünftige bilaterale Kooperation auswirken werde. Doch weisen diese diplomatisch verklausulierten Einschätzungen deutlich auf die Defizite im zwi-

schenstaatlichen Verhältnis dieser ungleichen Partner hin.

So lobte Jiang zwar die häufigen hochrangigen Treffen zwischen Regierungspolitikern beider Länder seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 14 Jahren. Doch auch die Tatsache, dass China inzwischen zu einem der wichtigsten Handelspartner des lateinamerikanischen Staates geworden ist, kann nicht über die große nicht nur räumliche Distanz zwischen beiden Ländern hinwegtäuschen. Wirtschaftlich dürfte das chinesische Interesse angesichts der Probleme der Hyperinflation und des schlechten Allgemeinzustands der Ökonomie Uruguays nicht sehr stark ausgeprägt sein. Im Hinblick auf die Politik überwogen in Ermangelung bisheriger bilateraler und internationaler Kooperationserfolge auf beiden Seiten die Absichtserklärungen.

So hieß es einigermaßen vage und lakonisch vom uruguayischen Präsidenten, sein Land wolle weiterhin Anstrengungen unternehmen, die bilaterale und internationale Zusammenarbeit mit China in verschiedenen Gebieten zu entwickeln. Konkreter wurden hier die chinesischen Gesprächspartner. Zhu Rongji forderte dazu auf, Konsultationen und Koordination beider Länder in internationalen Fragen und besonders im Rahmen der Vereinten Nationen zu stärken. Jiang Zemin appellierte an Uruguay, in der WTO enger mit China zu kooperieren, um auf diesem Wege gemeinsam für die Interessen aller Entwicklungsländer in der Organisation einzutreten.

Auch die Unterzeichnung von fünf Vereinbarungen auf den Gebieten Bildung, Quarantäne und Fischereikooperation können über den mageren Erfolg des Besuchs und der bisherigen bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten kaum hinwegtäuschen. (XNA, 15.10., 16.10.02; WSJ, 15.10.02; Xinhua, 15.10.02, nach BBC PF, 17.10.02) -kg-

10 Umstrittene Grenze auch mit Bhutan

Während über Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer und Grenzstreitigkeiten mit Indien oder die Einigung über den Verlauf der Landgrenzen mit Russland oder Vietnam in

den letzten Jahren relativ ausführlich berichtet wurde, ist kaum bekannt, dass auch die Frage der chinesischen Grenze zu dem kleinen Himalayastaat Bhutan bislang keineswegs gelöst ist. Offensichtlich aufgrund der geringen politischen Bedeutung Bhutans wurde über die Grenzverhandlungen mit China, die immerhin seit 1984 in bislang 16 Verhandlungsrunden geführt wurden, öffentlich wenig bekannt.

Die jüngste und damit 16. Verhandlungsrunde fand im Rahmen eines zehntägigen Chinabesuchs des bhutanesischen Außenministers Lyongpo Jigmi Thinley in der zweiten Oktoberhälfte statt. Gesprächspartner in den Verhandlungen war auf chinesischer Seite der stellvertretende Außenminister Wang Yi. Beide Seiten äußerten Zufriedenheit mit dem Verlauf der Verhandlungen und diese als weiteren Schritt hin zu einer endgültigen Festlegung. Da es aber gleichzeitig auch hieß, es handle sich bei der Grenzfrage um eine komplexe Angelegenheit, die weiterer Konsultationen bedürfe, ist davon auszugehen, dass die Verhandlungen auch diesmal letztlich nicht wirklich vorangekommen sind. Ansonsten hätte man sich kaum darauf zurückziehen müssen, sich zufrieden mit dem gesamten bisherigen Verhandlungsverlauf seit 1984 und mit der 1998 erreichten Vereinbarung über die Bewahrung von Frieden und Ruhe entlang der chinesisch-bhutanesischen Grenze zu zeigen. (PTI news agency, Delhi, 15.10.02, nach BBC PF, 16.10.02; Kuensel, online, 27.10.02, nach BBC PF, 28.10.02) -kg-

Innenpolitik

11 Umbesetzungen mehrerer Provinzparteisekretärsämter – Sprungbrett ins Politbüro?

Im Oktober wurden mehrere Partei-sekretärsämter auf Provinzebene neu besetzt. Die personellen Umbesetzungen erschienen insofern überraschend, als sämtliche Provinzpartei-komitees erst vor wenigen Monaten gewählt und die Führungsgremien neu bestimmt bzw. bestätigt worden waren (vgl.

C.a., 2002/5, Ü 7). Im Vorfeld des für die zweite Novemberwoche anberaumten 16. Parteitags der KPCh dürfte ein enger Zusammenhang mit der Besetzung des künftigen Politbüros bestehen.

Den jüngsten Umbesetzungen ist gemeinsam, dass bisherige Partei-sekretäre, die sich der für Führungsämter auf Provinzebene gültigen Altersgrenze von 65 Jahren nähern, durch deutlich jüngere Vertreter ersetzt wurden. Von ihren Ämtern als Provinzpartei-sekretäre abberufen wurden die drei folgenden Angehörigen der so genannten „Sunset“-Generation, also der jüngsten Vertreter der „dritten Führungsgeneration“ der Mittsechziger:

- der 62-jährige Jia Qinglin, seit 1997 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing (Provinzstatus);
- der 64-jährige Huang Ju, seit 1994 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai (Provinzstatus);
- sowie der 59-jährige He Guoqiang, seit 1999 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing (Provinzstatus) (vgl. *Monthly Data* im hinteren Teil dieses Heftes).

Jia Qinglin und Huang Ju sind bereits Politbüromitglieder und gelten, wie auch He Guoqiang, als langjährige Vertraute und treue Gefolgsleute von Staats- und Parteichef Jiang Zemin. Insbesondere in den Fällen der beiden Politbüromitglieder Jia Qinglin und Huang Ju war bereits seit längerem gemutmaßt worden, dass sie für höchste Führungsämter in Beijing vorgesehen seien, für die eine informelle Altergrenze von 70 Jahren gilt. Ihre jüngste Abberufung aus Beijing bzw. Shanghai liefert einen deutlichen Hinweis darauf, dass sie auf dem 16. Parteitag in den Ständigen Ausschuss des Politbüros aufrücken und anschließend tatsächlich mit Spitzenämtern in Partei oder Regierung betraut werden könnten. Ihre Abberufung von Führungsämtern auf Provinzebene bestätigt auch, dass die Altersgrenze von 65 Jahren für die Führungsebene in China zunehmend strikt durchgesetzt wird.

Die genannten Personen machen damit den Platz für jüngere Nachfol-

ger frei. So weit noch im Oktober bekannt wurde, übernimmt in Beijing der 61-jährige Liu Qi, der seit 1999 das Amt des Bürgermeisters innehat, den Partei-sekretärsposten von Jia Qinglin. In Shanghai tritt der 56-jährige Chen Liangyu an die Stelle Huang Jus. Chen Liangyu hatte erst zum Jahreswechsel 2001/02 das Amt des Shanghai-er Bürgermeisters übernommen, nachdem sein Vorgänger Xu Kuangdi überraschend von diesem Amt nach Beijing abberufen worden war (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9). Damals war spekuliert worden, dass machtpolitische Auseinandersetzungen für die „Absetzung“ Xu Kuangdis ausschlaggebend gewesen sein dürften. Vor dem Hintergrund der jüngsten Umbesetzungen erscheint es allerdings plausibler anzunehmen, dass es damals in erster Linie darum ging, dem jüngeren Chen Liangyu, der bis dahin nur den Rang eines stellvertretenden Partei-sekretärs bekleidete, rechtzeitig ein „Sprungbrett“ ins Politbüro zu verschaffen. Ähnliches könnte für Liu Qi gegolten haben, der führungsintern ebenfalls seit längerem als mögliches Mitglied des zukünftigen Politbüros gehandelt wird. Den internen Karrierespielregeln der KPCh gemäß sind Partei-sekretärsämter auf Provinzebene als „Sprungbretter“ ins Politbüro prädestiniert; ein Aufstieg vom Amt eines Provinzgouverneurs bzw. Bürgermeisters einer regierungsunmittelbaren Stadt ins Politbüro ist hingegen bislang nur in Ausnahmefällen möglich gewesen.

So weit bislang bekannt wurde, plant Chen Liangyu sein bisheriges Amt des Bürgermeisters abzugeben. Als möglicher Nachfolger Chens wird der 48-jährige Han Zheng gehandelt, der seit 1998 als stellvertretender Bürgermeister von Shanghai tätig ist. Han Zheng besitzt einen Master-Abschluss als Wirtschaftswissenschaftler (*senior economist*), gilt als kompetent und reformfreudig und hat während seiner Laufbahn in Shanghai mehrere ältere Kollegen „überholt“. In den vergangenen Jahren war er unter anderem für die Ressorts Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zuständig und verfügt damit über zentrale Querschnittserfahrungen, die ihn für einen Führungs-posten auszeichnen. Er könnte damit zu einem wichtigen Politiker am Übergang zwischen der „vierten“ und „fünftigen Führungsgeneration“ aufstei-